

nr. 2 – märz 2014

ecke köpenicker

[Seite 3:](#) Spreeacker, Spreeufer, Spreepromenade [Seite 4:](#) Umbau am Michaelkirchplatz

[Seite 6/7:](#) Städtbauliche Kriminalprävention [Seite 9:](#) Kinderzentrum Ottokar



*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*



Welche Ecke?

Kennen Sie sich im Gebiet gut aus? Dann erraten Sie sicher, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir das Buch »Die Luisenstadt«. Einsendeschluss ist Montag, der 14. April. Wir freuen uns über Ihre Einsendungen! Unser letztes Bilderrätsel zeigte die Wendeltreppe am Heizkraftwerk Mitte. Gewinner ist Michael Löffler – herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

4. »Stadtforum 2030«

Am 7. April zum Thema Transformationsräume

Ein behördensprachliches Kürzel gibt es bereits: »StEK 2030« steht für das »Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030«, das derzeit die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt erarbeitet. Drei öffentliche Stadtforen haben dazu bereits stattgefunden, in denen eher allgemeine Fragen zur wirtschaftlichen und sozialen Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert debattiert wurden. Jetzt geht die Debatte in die vierte Runde – und wird räumlich konkret. Denn das Thema lautet diesmal: »Die BerlinStrategie: Wo Berlin Schwerpunkte setzt«. Es geht um sogenannte »Transformationsräume«, also Stadträume, in denen sich die Entwicklung besonders schnell und dynamisch vollzieht. Dazu gehört ohne Zweifel auch die Luisenstadt. Die kann man sogar gleich in zwei der elf Transformationsräume wiederfinden, die beim Stadtforum vorgestellt werden: Im »pulsierenden Zentrum«

von Berlin-Mitte oder im Raum »Stadtspreet und Neukölln«, der mit den Schlagwörtern »Vielfalt kreativ nutzen« präsentiert wird. Nicht nur die üblichen Fachautoritäten, sondern alle interessierten Bürger sind eingeladen, in Werkstatt-Atmosphäre mitzudiskutieren. In der Ankündigung heißt es: »Ihre Meinung, aktive Mitarbeit und Ihre Kommentare sind gefragt! Sind die inhaltlichen Schwerpunkte der Transformationsräume richtig gewählt? Worauf kommt es Ihnen in den Transformationsräumen an? Wie können die Transformationsräume ein Gewinn für unsere Stadt sein?« Diese Gelegenheit sollten sich engagierte Bürger nicht entgehen lassen! cs
Stadtforum 2030, 7. April, 16.30 -19 Uhr, im Energieforum Berlin, Stralauer Platz 34 (S-Bhf. Ostbahnhof). Ab 15:00 Uhr: Information über die »BerlinStrategie« und die Transformationsräume

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Nächstes Treffen der BV am 18. März um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin, direkt am U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße. Diesmal geht es u.a. um die ehemalige Eisfabrik. Die Sitzungen der BV sind öffentlich. Sie finden an jedem dritten Montag im Monat um 18.30 Uhr statt. In der BV kann sich jeder interessierte Anwohner engagieren. Jeder, der dreimal teilgenommen hat, kann stimmberechtigtes Mitglied werden.

Veranstaltungen des Bürgervereins Luisenstadt:

Sa 15.3., 10.30 Uhr: Führung durch die Luisenstadt mit dem Historiker Dr. Splanemann: »Die Verkehrsadern in der Luisenstadt«, Treffpunkt Aufbauhaus, Moritzplatz
Do 27.3., 20.15 Uhr, Aufbauhaus: Vortrag von Gabriele Fritsch-Vivié: »Gegen alle Widerstände – Der Jüdische Kulturbund 1933–1941«.

Kiezspaziergang der Betroffenenvertretung

Am Sonntag, dem 30. März, lädt die Betroffenenvertretung zu einem Kiezspaziergang ein, um interessierten Bürgern unterschiedliche Schwerpunkte des Sanierungsgeschehens zu zeigen und über die Vorhaben zu diskutieren. Treffpunkt: 10.30 Uhr, Ort: vor dem ver.di-Gebäude, Köpenicker Str. 31, Ecke Engeldamm (siehe auch S. 4). Auch die Redaktion dieser Zeitung wird bei dem Spaziergang anwesend sein und freut sich auf interessante Gespräche mit den Teilnehmern!

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung
Redaktion: Nathalie Dimmer, Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de
Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.
Nächster Redaktionsschluss: 24. 2. 2014

Ein Uferweg ist machbar

Spreeacker, Spreefeld, Spreeufer, Spreepromenade ...

Es wird noch viele Jahre dauern, bis die Bauarbeiten beginnen. Das Ziel, das Spreeufer durchgängig bis zur Schillingbrücke begehbar zu machen, ist mit der Festsetzung des Sanierungsgebietes Nördliche Luisenstadt durch Senat und Abgeordnetenhaus jedoch bereits beschlossen. Nun wurde eine Machbarkeitsstudie vom Gebietsbeauftragten für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt, dem Büro KoSP, erarbeitet. Zudem haben sich Anwohner und örtliche Initiativen zu einem Verein zusammengeschlossen, um auch vor dem offiziellen Baubeginn das Ufer im östlichen Abschnitt zwischen Michaelkirch- und Schillingbrücke bereits provisorisch zu erschließen.

Beheizbare Parkbänke hinter hohen Zäunen

Schon 1994 gab es einen ersten Anlauf des Bezirks, den bestehenden Uferweg von der Jannowitzbrücke bis zur Schillingbrücke hin fortzusetzen. Eine »Gestaltungskonzeption Spreeuferpromenade« wurde entwickelt, aber nicht durchgehend umgesetzt. Bei einigen in der Zwischenzeit entstandenen Neubauten lässt sich dieses Konzept jedoch noch erkennen: Das Paula-Thiede-Ufer etwa (bei ver.di an der Schillingbrücke) orientiert sich an diesem Plan. Auch am Heizkraftwerk entstand ein Abschnitt der Promenade, sogar mit beheizbaren Parkbänken – allerdings ist er der Öffentlichkeit nicht zugänglich, sondern mit hohen Zäunen abgeschirmt. Und in der Brückenstraße 6, am Bürokomplex »Jannowitz-Center«, ist schon ein Teilabschnitt des Uferwegs entstanden. Das alles sind jedoch nur Bruchstücke – durchgängig ist der Weg bislang nicht. Westlich der Jannowitzbrücke bestand schon lange ein Uferweg, der aber heutigen Anforderungen hinsichtlich der Barrierefreiheit nicht mehr gewachsen ist. Außerdem hat mit den wachsenden Touristenströmen beispielsweise die Nutzung der dortigen Bootsanlegestelle deutlich zugenommen. Vorgesehen ist hier auch der Wiederaufbau der Waisenbrücke am Köllnischen Park für Fußgänger und Radfahrer.



Zeithorizont: 2026

Insgesamt soll von der Fischerinsel bis zur Schillingbrücke ein »öffentlicher Spreeuferbereich mit angegliederten Grün- und Freiflächnennutzungen« entstehen, der künftig mit 10 bis 20 Metern Breite dem Fußgänger- und Fahrradverkehr zu Verfügung stehen soll. Der Zeithorizont ist dabei weit gefasst: erst bis zum Jahr 2026 soll die Maßnahme beendet sein. Denn allein für die bauliche Herstellung sind nach einer groben Kostenschätzung rund 7,2 Mio Euro (zu heutigen Preisen) erforderlich. Hinzu kommen Planungs- und Steuerungskosten sowie die Kosten für den Erwerb von Grundstücken. Das kann das Land Berlin nicht auf einen Schlag leisten, sondern nur aufgeteilt in viele Jahresscheiben. Zudem sind Vorarbeiten erforderlich: Gutachten etwa über den nicht unproblematischen Untergrund an der Spree oder erhaltenswerte Vegetation. Vor allem aber müssen noch etliche private Grundstücke durch das Land Berlin erworben werden. Für die genaue Planung des Uferbereiches empfiehlt die Machbarkeitsstudie die Auslobung eines landschaftsplanerischen Wettbewerbs, wobei die Abschnitte östlich der Jannowitzbrücke Priorität haben sollen. Für die Planung sind zudem besondere Abstimmungen mit den Anliegern erforderlich. Aufgrund des Sanierungsrechtes ist eine Bürgerbeteiligung zwingend erforderlich – es ist abzusehen, dass sie sehr rege sein wird.

»spreeacker e.V.« gegründet

Bereits jetzt organisieren sich Anwohner. So gründete sich der Verein »spreeacker e.V.«, in dem nicht nur die Bewohner der Wohn-genossenschaft »Spreefeld« vertreten sind, die derzeit drei Wohnhäuser hinter dem Deutschen Architekturzentrum errichten. Der Verein strebt an, möglichst große Teile des Spreeufers bereits vor der offiziellen Baumaßnahme zugänglich zu machen bzw. zu halten. Dazu würde er gern als Zwischen-nutzer den bereits bezirkseigenen Uferstreifen zwischen dem Gelände der Genossenschaft und dem ver.di-Gelände pachten – einschließlich des Areals, auf dem sich das »TeePee Land« befindet. Auch Bewohner dieser »informellen Siedlung« sind in dem Verein organisiert. Als Veranstalter großer Parties wird der »spreeacker e.V.« mit Sicherheit nicht auftreten. Er wird das Ufer nicht zur »event-location« entwickeln – das garantiert allein schon das Lärmschutzbedürfnis der Anwohner im Verein. Stattdessen plant er unter anderem »Urban Gardening« sowie Kooperationen mit Kultur- und Kunstprojekten und ist gut mit der organisationskräftigen Szene um die Kreuzberger Prinzessinnengärten und anderen Gemeinschaftsgärten in Berlin vernetzt.

Christof Schaffelder

Kontakt: <http://id22.net/spreeacker>

Betroffenenvertretung lädt zum Kiezspaziergang ein

Bei einem Kiezspaziergang möchte die Betroffenenvertretung (BV) – das öffentlich gewählte Bürgergremium für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt – interessierte Anwohner über die bisherige Entwicklung, aktuelle Projekte und Schwerpunkte im Gebiet informieren.

Vertreter der BV laden die Bürger im Gebiet zum Gespräch über Themen ein, die derzeit viele bewegen: Mieten und Eigentumswohnungen, Neubau und Wohnungsgrößen, Straßensanierung, Schulstandorte, Wagenburg, Grüngestaltung, Verkehrsberuhigung, Spreeuferweg, Köpenicker Straße. Außerdem geht es auch um den Erhalt historischer Gewerbe-Areale wie die ehemalige Eisfabrik oder das alte Postfuhramt.

Der Rundgang führt vom Engeldamm mit den Engelhöfen über die Melchiorstraße (Postfuhramt und Tennisplatz), die Michaelkirchstraße, das Deutsche Architekturzentrum, das benachbarte Wohnungsvorhaben der Spreefeld e.G., die Eisfabrik, das alternative Wohnprojekt Köpi bis zur Wagenburg und der leerstehenden Schule in der Adalbertstraße.

Dabei wird die Betroffenenvertretung auch über ihre Arbeit und bisherigen Erfahrungen mit Ämtern, Politik und Investoren berichten. Anliegen der BV ist es, die Mitspracherechte der Bürger zu vertreten und deren Stimme bei den geplanten Projekten im Gebiet Gehör zu verschaffen.

Treffpunkt für den Kiezspaziergang: Sonntag, 30. März, 10.30 Uhr am ver.di Gebäude Köpenicker Straße 31, Ecke Engeldamm (11.00 Uhr Start des Rundgangs).

Neue Straße von der Köpenicker bis zur Spree

Neben dem Deutschen Architekturzentrum (DAZ) entsteht eine neue Stichstraße von der Köpenicker bis zum Spreeufer. Derzeit werden neue Rohrleitungen für die geplanten neuen Wohnbauten des »Spreeacker«-Projekts verlegt. (Mehr zum Spreeacker-Projekt können Sie auf S. 3 dieser Ausgabe lesen.)

Die neue Stichstraße wird auch zur öffentlichen Erschließung des Spreeuferwegs beitragen. Dafür müssen allerdings noch einige restliche Privatgrundstücke durch das Land Berlin angekauft werden – die Verhandlungen sind im Gang.



Ch. Eckelt

Umbaumaßnahmen Michaelkirchplatz

Rund um den Michaelkirchplatz finden seit letztem Jahr umfangreiche Erneuerungsmaßnahmen der Straßen und Gehwege statt. 2013 wurden bereits die östlichen und westlichen Gehwege entlang der Platzseiten fertiggestellt, derzeit wird die nördliche Seite begonnen. Die Baumaßnahmen sollen möglichst noch in diesem Jahr fertiggestellt werden.

Die Umbauten umfassen folgende Maßnahmen: die Neuanlage von Gehwegvorstreckungen in den Einmündungs- und Kreuzungsbereichen, die Erneuerung der Oberflächen der Gehwege unter Verwendung historischer Beläge, die Erneuerung der Fahrbahn zwischen Michaelkirchplatz und Engelbecken sowie die Erneuerung und Ergänzung der öffentlichen Beleuchtung. Zuständig ist das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks, für die Planung zeichnet das Berliner Büro »Gruppe Planwerk« verantwortlich. Finanziert wird das Vorhaben aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz«, da das Areal zum Erhaltungsgebiet Nördliche Luisenstadt gehört. Das Engelbecken und der Michaelkirchplatz bilden als Teil des Luisenstädtischen Kanals einen bedeutenden Bestandteil der von Peter Joseph Lenné um 1840 geplanten Schmuck- und Grenzzüge Berlins. Während der Kanal selbst in den 1920er Jahren seine Funktion und Ausprägung verlor, blieben auch nach der Kriegszerstörung der St. Michael-Kirche die Grundstruktur dieser

Raumfolge im Stadtgrundriss sowie große Teile der Randbebauung erhalten. Mit der Erneuerung der Straßen um den Michaelkirchplatz und das Engelbecken soll der historische Zusammenhang mit den Gärten und den Grünzügen am Luisenstädtischen Kanal wiedergestellt werden.

Die Straßenbaumaßnahmen dienen der denkmalgerechten Erneuerung der historischen Doppelplatzanlage Michaelkirchplatz/Engelbecken. Die ursprüngliche Symmetrie und Einheitlichkeit der umgebenden Straßenräume werden unter Erhalt besonderer geschichtlicher Spuren wie dem Verlauf der Berliner Mauer, wiederhergestellt. Historische Materialien und Gestaltungselemente werden erhalten, wiederverwendet und ergänzt. Zusätzliche Gehwegvorstreckungen und Querungshilfen für Fußgänger, neue Radverkehrsanlagen und lärmreduzierende Beläge tragen zur Verbesserung der Verkehrssituation und zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität bei.

Während der Baumaßnahmen muss mit teilweisen Sperrungen und Verkehrseinschränkungen gerechnet werden.

Für Rückfragen zur Bauausführung steht seitens der Bauüberwachung Herr Fichtner vom Büro GRUPPE PLANWERK unter der Telefonnummer (030) 88 91 56 85 zur Verfügung. us

Glosse

Karnickelställe und Wohnklos

17 Quadratmeter sind für zwei Stallhasen eine luxuriöse Fläche. Tierliebhaber können dafür auch schon mal investieren. Die Frage ist nur, was die Karnickel dann mit der Einbauküche und der Duschkabine anfangen. Und ob sie tatsächlich die ersten sind, wenn es darum geht, beim Wettlauf um die »ansprechende Einheit« die »letzten drei Gehaltsnachweise oder Einnahmennachweis vom Steuerberater aus selbstständiger Tätigkeit oder sonstigen Kapitalnachweis oder Bürgerschaft beizubringen«.

Denn die »stilvolle Wohnung« am Engeldamm, die im Internet vom Makler HIHC.Real Estate für 440 Euro monatlicher Warmmiete angeboten wird, ist allen Ernstes für Menschen gedacht. 17 Quadratmeter, auf denen Duschkabine, Toilette, Einbauküche, Schrank, Bett, Tisch und Stuhl untergebracht werden sollen. Wer sich dann noch umdrehen möchte, sollte schon sehr dünn sein.

Wer käme für ein solches Wohnklo mit Teeküchen-Anschluss als Bewohner in Frage? Hartz-IV-Empfänger schon mal nicht, weil das Amt die Warmmiete nicht übernimmt – zu hoch. Eventuell sehr spartanische Mönche. Oder Ex-Häftlinge, die das Zellenfeeling nicht missen möchten. Oder – nun ja – Touristen, denen das als Übernachtungsdomizil vermietet werden kann, worauf zumindest die sehr holprige Maklerlyrik schließen ließe: »Dieses schöne Anwesen befindet sich in Berlin-Mitte unweit der Grenze zu Berlin Kreuzberg direkt am wunderschönen Engeldamm der grün und ausgesprochen idyllisch wirkt. Und nur wenige Meter vom schönen Mariannenplatz entfernt. Zahlreiche Cafés, Restaurants und Bars bieten ein großes Angebot für abwechslungsreiche Abende. Diverse Einkaufsmöglichkeiten sind

gut zu erreichen, sowie öffentliche Verkehrsmittel wie die S-Bahn und die U-Bahn sind in wenigen Gehminuten erreichbar.«

Der Altbau, der derzeit so rabiat umgebaut wird, liegt im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. »Ein renommiertes Berliner Architekturbüro hat mit viel Leidenschaft die Planung und Umsetzung begleitet«, heißt es im Maklerexposé. Man fragt sich, welche Leidenschaft die Architekten wohl antreibt, Mietwohnungen zu Karnickelställen umzubauen – denn die werden wohl die nächsten Jahrzehnte Bestand haben. Unweigerlich muss man an Heinrich Zille denken, der um die Jahrhundertwende die unzumutbar beengten Wohnverhältnisse der Berliner Mitte zeichnete und beschrieb: »Man kann einen Menschen mit einer Wohnung erschlagen wie mit einer Axt.«

Dass Investoren Profit aus der Berliner Wohnungsnot ziehen wollen, erstaunt kaum. Aber welches Berufsethos haben Architekten, Altbauwohnungen zu solchen Schlaf- und Koch-Klos umzubauen, die dann für ca. 25,90 Euro/qm warm vermietet werden sollen? Und dieses Beispiel macht derzeit berlinweit Schule: Derzeit werden sehr, sehr viele Karnickelställe geplant.

Doch man muss die teuren Zellen ja nicht mieten. Wer mehr Platz braucht, findet gleich um die Ecke im schönen Mitte überall auch schöne Penthouses und Eigentumswohnungen, so zwischen 120 und 300 Quadratmetern, die (nicht nur in der Luisenstadt) derzeit hochgezielt werden. Kostet allerdings auch etwas mehr.

Für die 17-qm-Wohnung gäbe es jedoch eine ideale Mieterin: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Erst jüngst waren einige Bundesminister in die öffentliche Kritik geraten, weil sie sich kostenlose Wohnsitze in ihren Berliner Dienstsitzen gönnten. Für die Ministerin, die – eigenen Äußerungen und Medienberichten zufolge – in ihrer Arbeitszeit sehr spartanisch lebt, wäre die Wohnung ideal: Platz für Spind, Feldbett und Teeküche, die 440 Euro monatlich sollten für sie zu verkraften sein. Sehr schlank ist von der Leyen auch – da hätte dann sogar noch ein Laptop Platz. Ulrike Steglich

Bildecke



Ch. Eckelt

Sicherheit als gesellschaftliche Aufgabe

Ein Interview mit
Ingrid Hermannsdörfer
(LKA Berlin)



Die Architektin ist seit 2011 im Landeskriminalamt (LKA) Berlin zuständig für die »Städtebauliche Kriminalprävention«. Dieses Arbeitsgebiet wurde bei der Berliner Polizei seit 2007 etabliert; die Schnittstelle von städtebaulichen Aspekten und Kriminalprävention hat Pioniercharakter.

Frau Hermannsdörfer, was bedeutet »städtebauliche Kriminalprävention« konkret?

Wie Menschen sich im öffentlichen Raum oder in einem Gebäude verhalten, wie sicher sie sich fühlen und wie sicher sie dort tatsächlich sind, wird auch durch die räumliche Gestaltung beeinflusst. Städtebauliche Kriminalprävention zielt auf eine Raumgestaltung ab, durch die Tatgelegenheiten verhindert werden und die informelle soziale Kontrolle unterstützt wird. Täter machen eine Risikoabwägung: Es wird z.B. kaum jemand in eine Wohnung einbrechen, wenn andere Leute im Treppenhaus sind oder es keine guten Fluchtmöglichkeiten gibt. Schon wer einen Fremden im Treppenhaus anspricht, schreckt damit möglicherweise einen potentiellen Täter ab. Gestaltung soll auch das Sicherheitsgefühl stärken, denn das entscheidet mit darüber, ob Menschen sich an einem Ort gern aufhalten oder ob sie ihn meiden. Je mehr Menschen an einem Ort sind, desto höher ist z.B. das Risiko für einen Täter, entdeckt zu werden. Je verwahrloster und unübersichtlicher ein Ort ist, desto günstiger sind die Bedingungen für mögliche Täter, während die Nutzer ihn immer mehr meiden, wodurch die soziale Kontrolle wegbriecht. Das sollte man möglichst schon in der Planungsphase bedenken.

»Besonders gut funktioniert soziale Kontrolle aus einer gewachsenen Gemeinschaft heraus«

Wir von der Zentralstelle für Prävention beim LKA – hier konkret die städtebauliche Kriminalprävention und die Polizeiliche Beratungsstelle, die für Einbruchschutz und Gebäudesicherung zuständig ist – beraten kostenlos private und öffentliche Bauherren, Planer, Wohnungsbaugesellschaften und Verwaltungen (z.B. Bezirksämter) bei Bauvorhaben und Planungsverfahren.

Dabei betrachten wir jeden Ort individuell und schlagen der Situation angepasste und möglichst unaufwändige Lösungen vor. Wir beraten nicht nur vom Büro aus, sondern analysieren die Situation vor Ort, wenn schon konkrete Probleme aufgetreten sind. Natürlich kann man sich auch direkt an die Präventionsbeauftragten im örtlichen Polizeiausschnitt wenden.

Können Sie das näher erklären, zum Beispiel am Leopoldplatz im Wedding, wo ja – unter Beteiligung der Bürger und auch der Szene selbst – ein Aufenthaltsort für die Trinkergruppchen entwickelt wurde?

Unsere Kollegen vor Ort waren intensiv an der Planung beteiligt, u.a. am »Runden Tisch Leopoldplatz«. Durch die Einbindung auch der »Szene« selbst in den Planungsprozess ist es gelungen, bei ihr eine Identifikation mit »ihrem« Aufenthaltsbereich zu erreichen, so dass sie sich auch selbst für dessen Instandhaltung einsetzt. Die Trinkerszene wurde also nicht einfach an andere Orte verdrängt, sondern hat weiter dort ihren Platz. Wir versuchen, dieses Modell auch andernorts in der Stadt umzusetzen. Allerdings muss jeweils die spezifische Problemlage berücksichtigt werden. Wichtig ist auch eine begleitende Straßensozialarbeit.

Hilft Bürgerbeteiligung also auch aus kriminalpräventiver Sicht?

Wenn die Ideen und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern bei der Neuplanung oder Umgestaltung etwa von Grünanlagen und Plätzen Berücksichtigung finden, wenn sie sich sogar langfristig aktiv einbringen können wie beim »urbanen Gärtnern«, dann entsteht immer mehr Identifikation mit dem Ort. Wer von »seinem« Park sprechen kann, ist eher auch bereit, sich dafür einzusetzen, dass dieser Park in einem guten Zustand bleibt, dass die Sitzmöbel nicht zerstört werden usw. Er ist daran interessiert, dass das Miteinander im Park möglichst konfliktfrei abläuft, und wird sich entsprechend verhalten. So entsteht informelle soziale Kontrolle, und damit erhöht sich die Sicherheit – auch ohne ständige Polizeipräsenz. Dazu gehört natürlich auch eine Aufenthaltsqualität, die den Ort attraktiv macht. Besonders gut funktioniert informelle soziale Kontrolle aus einer gewachsenen Gemeinschaft heraus. Es gibt dann so etwas wie ungeschriebene Regeln, und man spricht den anderen bei Regelverstößen an, wenn beispielsweise der Hundehaufen nicht weggeräumt oder

Müll liegen gelassen wird. Wenn der öffentliche Raum – der Platz, der Park, der Weg – belebt ist, können im Fall einer kriminellen Tat (z.B. eines Fahrraddiebstahls oder eines Taschendiebstahls) mehr Menschen aufmerksam reagieren, gegebenenfalls einschreiten oder später als Zeugen aussagen.

Welche Grundprinzipien sollte man bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen beachten?

Neben Übersichtlichkeit, Beleuchtung und Orientierung sind das u.a. klare Nutzungs- und Eigentumszuweisung und deutliches Markieren und Abgrenzen von privaten, halböffentlichen und öffentlichen Räumen. Das heißt: Kein Täter soll sich anschleichen oder verstecken können. Man soll aus noch sicherer Entfernung erkennen können, wer auf einen zukommt. Man soll nicht orientierungslos herumirren müssen und so eventuell leichtes Opfer einer Straftat werden. Die Gestaltung soll klar erkennen lassen, welche Räume in welchen Verantwortungsbereich fallen, also beispielsweise, ob eine Wiese zu einer Wohnsiedlung gehört und vor allem für deren Bewohner gedacht und damit halböffentlich ist, oder ob es sich um eine öffentliche Grünanlage handelt. Es muss auch deutlich werden, für welche Nutzungen eine Fläche zur Verfügung steht, denn undefinierte Flächen und Brachen verkommen leicht zur Müllhalde oder werden in sonstiger unerwünschter Weise genutzt.

Wie sieht es aus mit Auslichtungen in Parks, die oft auch mit Sicherheitsaspekten begründet werden?

Übersichtlichkeit heißt nicht, dass z. B. alle Sträucher nur noch kniehoch sein dürfen. Grün in der Stadt ist wichtig für das Wohlbefinden der Bewohner und für das Stadtklima. Problematisch wird es allerdings, wenn Grünanlagen nicht mehr ausreichend gepflegt werden können und zuwuchern. Dann nämlich ergeben sich z.B. Möglichkeiten, Drogen zu verstecken oder jemandem aufzulauern. Viele Grünanlagen in Berlin sind zu Zeiten entstanden, in denen die Grünflächenämter wesentlich mehr Personal hatten als heute – das merkt man ihnen jetzt an. Nicht alles, was heute aus Kostengründen gern gepflanzt wird, ist immer auch sinnvoll. Bodendecker beispielsweise gelten zwar als pflegeleicht, in ihnen sammelt sich aber auch schnell Müll, der nur schwer entsorgt werden kann. Zudem lassen sich dort gut Drogenverstecke anlegen. Höhere Hecken hingegen können mancherorts durchaus sinnvoll sein, z.B. indem sie zur klaren Gliederung beitragen oder eine Grünanlage von der Hektik der Straße abschirmen; dornige Hecken können zum Beispiel auch eingesetzt werden, um niedrige Balkone gegen Einsteigen zu sichern.



»Senioren oder Jugendliche werden als Nutzer öffentlichen Raums bei Planungen oft einfach vergessen«

Es gibt die berühmte Debatte um Sitzbänke im öffentlichen Raum – manche fordern mehr Bänke, auch mit Blick auf ältere und gebrechliche Menschen, andere fordern den Abbau von Bänken oder wollen sie verhindern, weil sie befürchten, dass sie zum Trinkertreff werden oder Jugendliche nachts Lärm machen könnten ...

Es darf nicht so sein, dass bestimmte Nutzergruppen – z.B. Senioren – in der Teilhabe am öffentlichen Leben eingeschränkt werden. Entscheidend ist, dass der öffentliche Raum insgesamt so gestaltet wird, dass sich alle Nutzergruppen dort aufhalten können. Auch die Trinkergruppchen gibt es nun einmal, oft sind das ja langjährige Bewohner der Kieze. Und Jugendliche werden als Nutzer öffentlichen Raums bei Planungen oft einfach vergessen – wo sollen die sich denn treffen und aufhalten? Wir leben in einer Großstadt, und die Bewohner müssen auch lernen, Konflikte zu lösen. Sicherheit in der Stadt zu schaffen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir können als Präventionsstelle nur beratend tätig sein – je früher im Planungsprozess, desto besser. Wichtig ist, dass oft mehrere von uns empfohlene Maßnahmen erst im Zusammenwirken funktionieren. Wenn Bezirke oder Eigentümer die Empfehlungen nur teilweise umsetzen, schafft das oft nur neue Probleme.

Wie beraten Sie private Bauträger, zum Beispiel im Wohnungsbau?

Eine gute Mischstruktur bietet die beste Sicherheit. Unterschiedliche Wohnungsgrößen in einem Haus ermöglichen gemischte Nachbarschaften von Senioren, Singles, Familien oder Paaren, also Menschen mit unterschiedlichen Lebensrhythmen. Das gewährleistet am besten, dass zu jeder Tages- und Nachtzeit jemand im Haus ist. In einer guten Nachbarschaft bekommt man auch mit, ob sich an der Wohnungstür der Nachbarin gerade jemand zu schaffen macht. Die Architektur der Gebäude kann die Entstehung solcher Nachbarschaften begünstigen und die soziale Kontrolle erleichtern: So sollten z. B. Spielplätze von den Wohnungen aus gut einsehbar sein, Parkplätze überschaubar, Flure gerade und gut beleuchtet, Hauseingänge transparent und von weitem leicht zu erkennen. Dazu kommen einbruchhemmende Wohnungseingangstüren sowie ebensolche Fenster und einstiegsgeschützte Balkone in den Erdgeschossen. Wenn Sicherheitsaspekte schon von Anfang an bei der Planung berücksichtigt werden, vermeidet man später Probleme und zusätzliche Kosten.

Das Interview führten Ulrike Steglich und Christof Schaffelder

Landeskriminalamt (LKA), Zentralstelle für Prävention
Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin, Telefon 46 64-97 91 13

»Die Probleme liegen doch nicht zwischen den Steinen«

Heinz Nopper, seit fünf Jahren Präventionsrat

Präventionsrat: Diese Bezeichnung führt manchmal zu Irritationen. Der Präventionsrat im Bezirk Mitte besteht aus einer Person und heißt Heinz Nopper.

Nopper sitzt gerade beim Mittagessen in der »Kiezküche« hinter dem Rathaus Tiergarten, freut sich über das appetitlich angerichtete Tagesgericht und die rührend bemühten Azubis und erzählt amüsiert, wer sich wegen seiner Stellenbezeichnung schon bei ihm gemeldet hat: Versicherungen, oder auch medizinische Institutionen, z.B. für Krebserkrankungen. Prävention – zu deutsch: Vorbeugung – ist eben ein sehr weites Feld.

Manche verstehen unter »Präventionsrat« eine Art beratendes Gremium. Im Bezirk Mitte besteht er aus einer Person. Noppers Stelle ist direkt beim Bürgermeister angesiedelt, seit fast fünf Jahren kümmert er sich um gemeinwesenorientierte Stadtteilarbeit. Unterstützt wird er von einem Kollegen, der sich um organisatorische Angelegenheiten kümmert. Der gebürtige Südbadener und studierte Sozialarbeiter war 24 Jahre im Bezirksamt für die Jugendförderung tätig, bevor ihm 2009 diese Stelle beim Bezirksbürgermeister vorgeschlagen wurde. Bürgermeister Christian Hanke brauchte einen Ansprechpartner für Bürger, wenn Konflikte im öffentlichen Raum entstehen.

Seither ist Präventionsrat Nopper in jenen Stadtteilen tätig, wo sich Konfliktpotenzial entwickelt oder schon länger besteht, u.a. am Alex mit seinen vielen Nutzergruppen. Oder an der Köpenicker Straße, wo es – auch wegen der konzentrierten Clubszene – um Probleme mit Müll und Lärm geht. Und am Leopoldplatz, wo sich jahrelang Anwohner über die Drogen- und Trinkerszene an den U-Bahn-Eingängen und auf dem Platz beschwerten.

Aus den Beschwerden über den »Leo« entstand ein berlinweit besonderes Modell mit Pioniercharakter: Der »Runde Tisch Leopoldplatz«, den Heinz Nopper seit 2009 moderiert. Den Auftakt dazu gab eine von ihm organisierte Bürgerversammlung zu den Konflikten – damals kamen 250 Menschen. Er ließ dann eine Liste herumgehen, wer bereit wäre, sich aktiv zu engagieren. Das war die Geburtsstunde des »Runden Tisches Leo«, der sich seitdem monatlich trifft, um über Lösungsmöglichkeiten für den Platz zu diskutieren: Bürger und Sozialarbeiter, Polizei und Ordnungsamt, Kinder- und Jugendbüro, Mitarbeiter des Bezirksamts, Kirchengemeinde und viele andere. Mit Stolz berichtet Nopper, das kürzlich die 50. Sitzung des Runden Tisches Leopoldplatz gefeiert wurde.

»Im ersten Jahr« erinnert sich Heinz Nopper, »gab es harte Grundsatze debatten, wie der Platz verträglich gestaltet werden kann. Einige forderten die strikte Vertreibung der Trinkergrüppchen. Doch letztlich fand der Runde Tisch gemeinsam den Konsens, dass der Leo ein Platz für alle ist – niemand soll verdrängt oder ausgeschlossen werden.«

Das war der erste Schritt. Daraus entwickelte sich allmählich ein enges Netzwerk. Hinzu kam, dass seit 2011 mit dem Förderprogramm »Aktive Stadtzentren« nun auch finanzielle Mittel für die Platzneugestaltung zur Verfügung standen. Zusammen mit dem »Runden Tisch Leo« wurde eine Planung entwickelt, die alle Nutzer integriert. Gemeinsam mit den Szenegrüppchen wurde auf dem Platz ein eigener Aufenthaltsort nach ihren Bedürfnissen entwickelt, die von Sozialarbeitern des »Team Leo« betreut werden. Regeln wurden mit



einander vereinbart, auf deren Einhaltung auch das Ordnungsamt achtet. Gleich daneben entstand ein Kinderspielplatz.

Diese friedliche Koexistenz klingt utopisch, funktioniert in der Praxis auf dem Leo aber inzwischen ganz gut – gerade weil am Runden Tisch so viele beteiligt sind und gemeinsam ein tragfähiges Konzept entwickelten.

Dieser Ansatz ist dem Moderator Heinz Nopper besonders wichtig. »Die Menschen kommen ins Gespräch über Probleme und unterhalten sich – wenn es gut läuft – über Lösungsmöglichkeiten. Man muss die Bürger in die Verantwortung nehmen, nicht nur über Zustände zu klagen, sondern sich auch aktiv für Verbesserungen zu engagieren. In den letzten Jahren ist mit dem Runden Tisch Leo ein funktionierendes Netzwerk mit vielen unterschiedlichen Partnern entstanden. Das Grundprinzip ist: Wie kann man etwas positiv verändern zusammen mit den Leuten, die es vor Ort betrifft? Dabei ist es wichtig, dass sich Bürger, Verwaltung, Behörden gleichberechtigt auf Augenhöhe begegnen. Es ist kein guter Ansatz, Lösungen von oben vorzugeben. Sie müssen gemeinsam entwickelt werden.«

»Der Erfolg,« sagt Heinz Nopper, »hat viele Mütter und Väter.« Aber auch der Moderator ist nicht unwichtig: Viele Runde Tische sind schon gescheitert, weil es keinen kompetenten Moderator gab. Nopper beeindruckt an den Runden Tischen mit einer disziplinierten Veranstaltungsführung, Sachkenntnis, Diplomatie und psychologischer Sensibilität. Außerdem ist er als Bezirksamtsmitarbeiter selbst gut mit Behörden vernetzt – manchmal reicht bei aktuellen Problemen schon ein Anruf.

Nun läuft im November seine Stelle nach fünf Jahren aus, er geht in die Freizeitphase der Altersteilzeit. Es mangelt ihm nicht an Ideen für seinen künftigen Lebensabschnitt – aber die beruflichen Projekte lassen ihn auch nicht los, vor allem der Leo. Was also geschieht, wenn sich der kompetente Moderator aus dem Bezirksamt verabschiedet? Heinz Nopper wünscht sich, dass der Bezirk die Konzepte in diesem Sinn weiterführt. Dass alle Beteiligten, auch die Kirche als Teilnehmer des Runden Tisches und als Platzbesitzer auf dem Leo, das entstandene Netzwerk weiter schätzen und pflegen.

Denn das Pionierprojekt ist zwar prominent, aber auch fragil. »Es bedarf weiterer Begleitung und weiterer Engagements. Bestimmte Regularien müssen auf dem Platz immer wieder neu ansgehandelt und durchgesetzt werden«, sagt Nopper. Und die Platzpflege kann auch keiner der Beteiligten allein stemmen.

Manchmal wundert sich Heinz Nopper, dass so selten Sozialarbeiter bei stadtspezifischen Konflikten in den Berliner Bezirken hinzugezogen werden. »Die Probleme liegen doch meist nicht zwischen den Steinen, sondern zwischen Menschen.«
Ulrike Steglich

Die Ottokars

Das Kinderzentrum Ottokar ist für viele Kinder im Heinrich-Heine-Viertel wie ein zweites Zuhause. Seit der Wende wird in der offenen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung gespielt, gelernt, gewerkelt und mitbestimmt.

Im Kreativraum werden gerade Masken für Fasching gebastelt. Familienfeste haben bei den Ottokars eine lange Tradition. Von Anfang an ging es im Kinderzentrum darum, ein starkes Wir-Gefühl zu schaffen.

»Mit Kindern kann man oft besser als mit Erwachsenen arbeiten«, sagt die Leiterin der Einrichtung Sigrig Völker, die von allen Sigi genannt wird: »Kinder sind immer ehrlich und man kriegt immer was zurück.« Ihr Enthusiasmus ist spürbar. »Ich bin das Urgestein des Hauses«, sagt sie und lacht.

»1990, direkt nach der Wende, brachen quasi von einem Tag zum anderen sämtliche Angebote im Heinrich-Heine-Viertel weg.« Sigi Völker, Mutter von zwei Kindern, tat sich mit anderen Eltern zusammen und organisierte, zunächst in ehrenamtlicher Arbeit, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche im Kiez. Ottokar, der sympathische Protagonist aus Otto Häusers bekannter DDR-Kinderbuchreihe, war ein authentischer Namensgeber. »Wir wollten zeigen, wo wir herkommen. Ottokar ist ein neugieriger, frecher Junge, der sich die Welt mit viel Witz und Humor erklärt. Das passte einfach zu uns. Durch die Wiedervereinigung fielen viele Konzepte weg, die wir erhalten wollten. Mit dem Autor Otto Häuser, der uns bis kurz vor seinem Tod in unseren Einrichtungen stets treu begleitet hat, stimme ich überein, dass in der DDR die Bildung der Kinder nicht so stark vom Geldbeutel der Eltern abhängig war wie im jetzigen Bildungssystem. Dem wollten wir entgegen wirken.«

Es folgten mehrere Umzüge, bis sich die Ottokars am jetzigen Standort niederließen. Jedes Mal waren die Räumlichkeiten ein Kompromiss und nur durch viel Optimismus und ehrenamtlichem Engagement konnten die Räume nutzbar gemacht werden. Auch in der Schmidstraße 8 sind die Bedingungen alles andere als ideal: Der Bau ist eigentlich dringend sanierungsbedürftig.

»Viele Kinder sind überfordert«

Das hindert die Ottokars jedoch nicht daran, ein vorbildliches Bildungsprogramm aufzustellen und gleichzeitig eine familiäre Atmosphäre zu schaffen. Das Konzept der Einrichtung hat mehrere Standbeine und wird aus unterschiedlichen Fördertöpfen finanziert. Die Grenzen zwischen schulischer und außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit sind fließend. Frau Völker und ihre Kollegen arbeiten auch in der schulbezogenen Sozialarbeit an der City- und GutsMuths-Grundschule. Sie beobachten, dass viele Kinder überfordert von der Schule sind und das Viertel in den letzten Jahren immer mehr zum Brennpunkt wurde. »In den umliegenden Bauten der Wohnungsbau-gesellschaft wohnen viele große Familien mit mehreren Kindern. Oft sind es bildungsferne Familien, die die Sprache teilweise nicht beherrschen. Eine schulische Unterstützung erhalten die wenigsten Kinder im Elternhaus. Und viele Lehrer sind leider recht realitätsfern, was die Möglichkeiten dieser Kinder angeht. Man kann nicht erwarten, dass die Kinder zuhause einen Computer mit Internetzugang besitzen. Man muss sich außerdem mehr mit den Kulturen dieser Menschen beschäftigen, um zu verstehen, warum gewisse Verhaltensregeln einfach unterschiedlich sind.«



»Wir lassen hier keinen hungern«

Im Flur steht Basti, 9 Jahre alt. Sein Bruder hatte Essensgeld für beide. Doch Bastis Anteil wurde in Gummibärchen investiert. »Wir lassen doch hier keinen hungern«, sagt Sigi Völker lächelnd. In der Küche riecht es nach Gemüsesuppe. Im Kinderzentrum wird gemeinsam mit den Kindern gekocht und gebacken. Für 50 Cent erhält jedes Ottokar-Kind eine warme Mahlzeit – manchmal ist es die einzige am Tag. Die Lebensmittel werden größtenteils von einem Supermarkt zur Verfügung gestellt, einmal die Woche liefert die »Tafel«. Eine gesunde und ausgewogene Ernährung sei elementar, doch in vielen Familien nicht mehr gewährleistet.

Im Kinderzentrum Ottokar lernen die Kinder scheinbar Selbstverständliches. Sie lernen, dass es beim Essen nicht nur darum geht, satt zu werden, sondern dass man auch Regeln des Zusammenlebens einhält: Gemeinsam an einem Tisch zu sitzen, in ganzen Sätzen eine Bitte zu äußern. Warten, bis alle fertig sind, bevor man aufsteht. Solche simplen Regeln müssen viele Kinder erst lernen.

Die Ottokars stellen aber noch viel mehr auf die Beine als täglich frisches Essen, Hausaufgabenhilfe, Werken, Gartenarbeit und regelmäßige Ferienlager. Ein großer Schwerpunkt der Einrichtung liegt in der politischen Bildungsarbeit. In unterschiedlichen Projekten werden Kinder spielerisch mit politischen Prozessen vertraut gemacht. Es gibt gewählte Sprecher, die eigene Veranstaltungen organisieren, regelmäßig wird zum Thema Kinderrechte diskutiert, im U-18-Wahllokal werden die Jugendlichen mit der Politiklandschaft der Bundesrepublik vertraut gemacht. Viele ehemalige Ottokar-Kinder sind heute aktiv im Vorstand von »Ottokar e.V.« tätig, der ein anerkannter Freier Träger der Jugendhilfe ist und damit auch Träger des Kinderzentrums.

»Viele Kinder möchten Verantwortung übernehmen«, meint Sigi Völker. »Man muss es ihnen nur zutrauen und einige wichtige Werkzeuge in die Hand geben.«

Nathalie Dimmer

Kinderzentrum Ottokar, Schmidstraße 8,
Öffnungszeiten: Mo–Fr 14–19 Uhr, Sa 13–18 Uhr, Telefon 275 48 46



Baustellen, Clubs und ein Runder Tisch

Bernd Hannusch macht sich Sorgen. Er steht in einfacher Hausmeisterkluft vor seinem Haus Ohmstraße 4. Seit 1883 befindet es sich in Familienbesitz, es gehörte schon seiner Urgroßmutter. Vor acht Jahren hat er den Vorgründerzeitbau liebevoll denkmalgerecht saniert. Was ihm Sorgen macht, ist derzeit die Baustelle zwei Grundstücke weiter: Hier wird gerade ein Neubau mit Eigentumswohnungen und Dachterrasse hochbetoniert. Es ist keine besonders große Baustelle, aber doch eine Belastung für die sehr schmale Ohmstraße, die von der Köpenicker zur Rungestraße führt und an die Ursprünge Berlins mit engen Gassen und vorgründerzeitlichen Häusern erinnert. Die Bürgersteige sind kaum erkennbar, weniger als einen Meter breit. Neben Altbauten prägen Bombenlücken und Brachen sowie das dahintergelegene Heizkraftwerk das Straßenbild.

Kleine und große Baustellen

Vor der Baustelle nimmt die Baustellenabsperzung das Stück Gehweg ein und reicht bis auf die Fahrbahn. Davor parken die Fahrzeuge der Bauarbeiter. Hinzu kommen die großen Lieferfahrzeuge, die das Baumaterial zur Baustelle bringen. Wenn sie an den parkenden Fahrzeugen vorbei wollen, ist das oft Millimeterarbeit und die gesamte Fahrbahn ausgefüllt. Passanten können sich dann nur noch auf den schmalen Fußstreifen vor den gegenüberliegenden Hausfassaden quetschen. »Durch das Zuparken des Gehwegs und die Baustelle sind die Passanten geradezu gezwungen, auf die Fahrbahn auszuweichen«, sagt Hannusch. »Hier laufen morgens auch viele Schulkinder entlang. Und bei mir im Haus wohnt ein älterer gehbehinderter Herr. Wenn sich dann hier noch die Liefer-LKWs durchquälen, wird es manchmal richtig gefährlich.« Und weil der Bau so langsam vorangehe, könne das auch noch eine Weile so bleiben.

Hinzu kommt, dass sich gleich um die Ecke die nächste Baustelle befindet – eine Großbaustelle. Am hinteren Ende der Rungestraße klafft zwischen Straße und Spreeufer eine gigantische Baugrube, auch hier fahren ständig Baufahrzeuge. Die »Project Immobilien GmbH« errichtet auf dem Grundstück Rungestraße 21 in den nächsten Jahren 123 Eigentumswohnungen. Das Verkaufsbüro befindet sich gleich gegenüber. Unter dem Slogan »Be Mitte – Berlin leben« werden hier die künftigen Edeldomizile zwischen 60 und 134 Quadrat-

metern verkauft. Das Viertel an der Spree ist begehrt und im Umbruch. Zu den schon jetzt zahlreichen Baustellen werden in den nächsten Jahren noch viele hinzukommen. Der Druck auf das Gebiet ist enorm. Für Investoren ist es wegen seiner Zentrumsnähe und der Lage am Spreeufer hoch attraktiv, zumal sich angesichts des Berliner Wohnungsmangels ein lukrativer Markt aufgetan hat: sowohl für teure Eigentumswohnungen als auch für Winzigstwohnungen (siehe auch S. 5), die dann zu übersteuerten Mieten angeboten werden.

Clubs und »Runder Tisch Köpenicker Straße«

Für die Nachbarschaft sind aber nicht nur die derzeitigen Baustellen eine Belastung. Wer am Samstagnachmittag in der kleinen Ohmstraße steht, nimmt das Wummern dumpfer Techno-Bässe wahr. Es ist nicht laut, aber spürbar. In den letzten Jahren ist das Gebiet ein Eldorado für Clubgänger geworden. Bernd Hannusch steht in seinem kleinen Hinterhof und zeigt in unterschiedliche Himmelsrichtungen: Vorn an der Köpenicker der Kitkat- und Sage-Club, schräg hinter ihm der Tresor. Das sind nur einige aus der Clublandschaft im Gebiet. Die Probleme dieser Nutzungsmischung aus Wohnen und Feierorten sind bekannt: Die Bässe und Vibrationen durchdringen jede noch so gute Lärmdämmung. Das Problem ist aber weniger die Musik, sondern das Kommen und Gehen der Besucher. Jugendliche Berlin-Touristen suchen genau hier die Clubszene, sie nächtigen in nahe gelegenen Hostels. Wenn die Besucher nachts oder in den Morgenstunden die Parties verlassen, geht es alkoholbedingt oft laut zu. Anwohner beschwerten sich über nächtlichen Lärm, über Müll, vollgepinkelte und zugewinkelte Ecken.

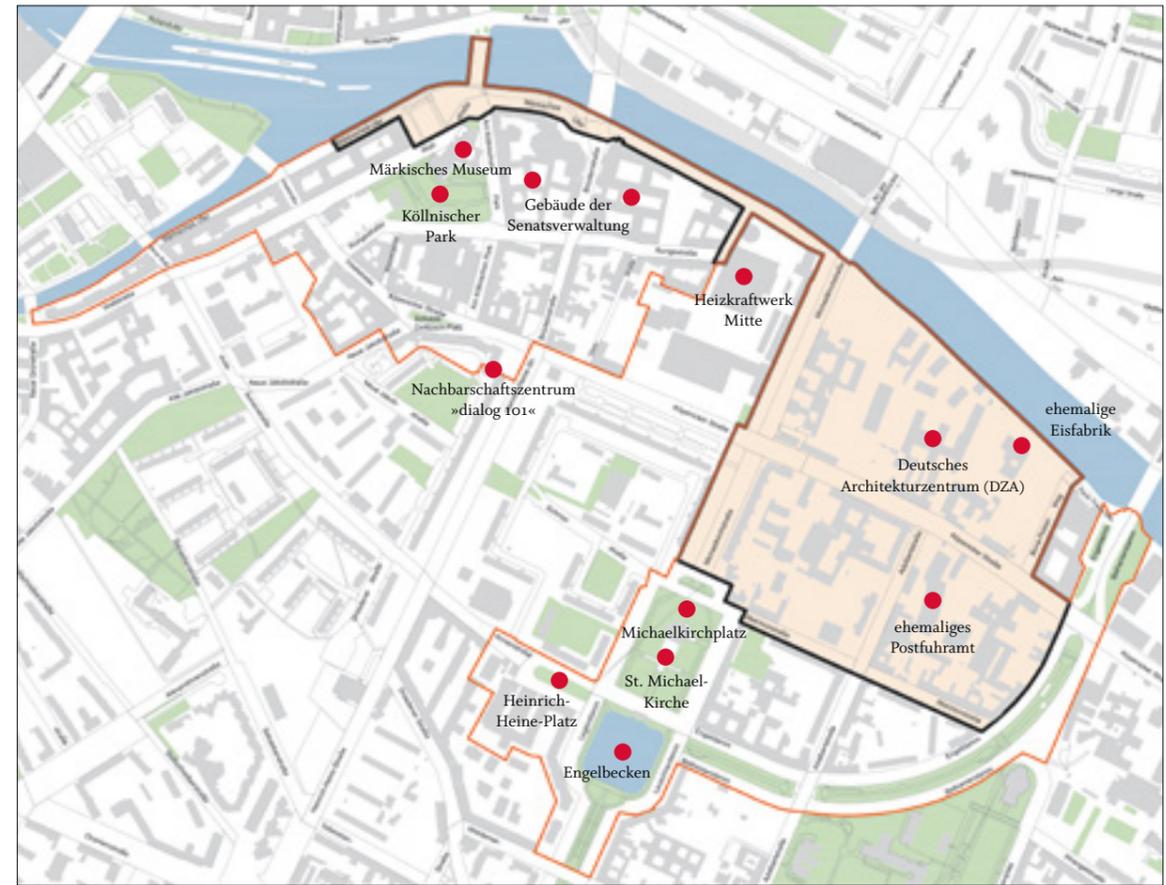
In Hannuschs Haus kommt all das unmittelbar an. Das Grundstück besteht nur aus Vorderhaus, dem linken Seitenflügel und dem zu zwei Seiten hin offenen Hof – rechts daneben befindet sich ein Parkplatz des Kraftwerks. Angesichts dieser räumlichen Situation ist die Ohmstraße 4 quasi der rechtwinklige Schall- und Lärmfänger für die gesamte Straße, was weder die Mieter noch den Eigentümer beglückt. Hinzu kommen Drogenkonsumenten, die nachts den Hinterhof des Mietshauses entern – der Zaun ist dabei kein Hindernis.

Solche Nutzungskonflikte sind erwartbar in einer Metropole – aber sie müssen nicht still geduldet, sondern gelöst werden. Ziel ist nicht die Verdrängung der Clubszene, sondern Lösungen und Kompromisse für ein verträgliches Nebeneinander unterschiedlicher Nutzer zu finden. Deshalb hat sich in der Nördlichen Luisenstadt der »Runde Tisch Köpenicker Straße« gegründet, um die entstandenen Probleme – Lärm, Müll usw. – anzugehen. Am Runden Tisch, der alle zwei Monate tagt und von dem erfahrenen Präventionsbeauftragten des Bezirks Mitte, Heinz Nopper, moderiert wird, sitzen neben Bezirksamtsvertretern, Clubbetreibern, Betroffenenvertretern, Hostel-Chef u.a. auch Polizei sowie Ordnungs- und Umweltamt. Die bisherigen Erfolge werden unterschiedlich gewertet: Während Bernd Hannusch von den bisherigen Runden eher enttäuscht war, sehen andere Anwohner inzwischen durchaus eine Verbesserung der Situation: So kümmern sich nun auch Clubbetreiber um die Reinigung von Gehwegen, Clubpersonal ermahnt Besucher, die nachts und morgens den Club verlassen, zur Ruhe. Und auch um das Hostel sei es ruhiger geworden.

Immerhin ein Anfang.

us

Nächster Runder Tisch: 7. April, 11–13 Uhr, im Kinderzentrum Oase, Wallstraße 43 (Flachbau)



Sanierungsgebiet
Nördliche
Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Dr. Elke Pistorius, Te 901 84 57 79
elke.pistorius@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Referat IV C – Stadterneuerung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, jedoch schon am 11. Februar!
10179 Berlin, direkt am U-Bahneingang Heinrich-Heine-Straße
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
bzw: bv.luisenord@gmail.com

Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstraße 7, 10179 Berlin,
Tel 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: mittwochs 14–17 Uhr





Leser-Ecke

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse las ich die neue »ecke köpenicker«, deren Erscheinungsbild seit 2002 zu meinem Leben gehört und an dem ich als stiller Beobachter Anteil nehme.

Ich zog aus dem barocken Dresden, aus dem Gründerzeitviertel Dresden-Neustadt, in ein unsaniertes Berlin-Mitte, wo Geschichte ablesbar war. Die Wunden aus dem Zweiten Weltkrieg, die ehemalige Mauer, die maroden Fabriken sowie die Frei- und Brachflächen, die sich die Natur zeitweise zurückerobert hatte, war für mich ein »poetisches« Rückzugsgebiet gegenüber dem hektischen und lauten Szeviertel in Dresden.

Die ersten Jahre lagen wir am Ufer der Spree und schauten den weißen Schiffen zu, als wären wir an der Seine in Paris. Die jungen Bäume, die nach dem Mauerfall wild gewachsen waren, spendeten uns Schatten. Die Zeit blieb stehen. Die S-Bahnen und ICE-Züge rauschten vorbei und verliehen der Atmosphäre etwas Unwirkliches. Berlin – ein großes Dorf. (Ich kenne aus Berufsgründen Städte wie New York, Tokio, Moskau, Vancouver). Die Wagenburg an der Schillingbrücke ist eines von diversen Rückzugsgebieten junger Menschen, die mir das Gefühl gaben: »Ich gehöre dazu.«

Bei großer Kälte kamen Kormorane, Reiherenten, Gänsesäger, Tafelenten, Zwergtaucher an die noch offene Spree, weil die Seen längst zugefroren waren. Schwäne, Gänse und Kraniche überflogen die Nördliche Luisenstadt. Ganz weit oben am blauen Himmel konnte ich mit etwas Glück Raufußbussarde beobachten, die aus dem hohen Norden kommen und bei uns am Rande Berlin überwintern. Der Rotfuchs läuft regelmäßig sein Revier in der Köpi ab. Fledermäuse fliegen in den lauen Sommernächten, während Nebelkrähen und die Lachmöwen sich auf ihre Schlafplätzen zurückziehen. Tiere und Menschen finden ihre Nischen.

Natürlich war mir bewusst, dass dieser Zustand nicht ewig bleibt und diese Nischen verschwinden oder anders werden. Ein Prozess, der Folgen hat, mit allen positiven und negativen Seiten für alle Anwohner. Ich verfolgte über Jahre die Eisfabrik mit all ihren Graffiti, die den seelischen Schmerz einer Gesellschaft oder individuelle Traurigkeit zu Tage bringen; mit den Menschen, die dort alle vier Jahreszeiten »wohnten«, in einer archaischen Existenzform, die ich aus

meinen Expeditionen in der Wildnis des Fernen Osten Russlands bei den indigenen Völkern kenne. Ich erlebte, wie junge Menschen aus Westeuropa (unter anderem Franzosen, Engländer, Spanier) im Sommer Tag für Tag auf dem Dach der Eisfabrik Sonnenuntergänge als Event erleben – einfach großartig! – und der hektischen Computervelt kurzzeitig entfliehen.

Natürlich fehlten auch die Modebranche und andere junge Kreative nicht, die dort posierten und einen biederen Geschmack und das Gefühl verbreiten, Berlin wäre eine freie Stadt mit allen Möglichkeiten. Das ist sie aber nicht, beispielsweise hinsichtlich der Kleinkunstszene, die ja die Vielfalt Berlins ausmacht, aber von Jahr zu Jahr mehr beschnitten wird. Es gibt aber nicht nur die großen Museen und die Lobby Oper, die die Staatsgelder überproportional beanspruchen.

Ich kann nur begrüßen, wenn die Vielfalt, die sich in den letzten zehn Jahren in der Nördliche Luisenstadt entwickelt hat, erhalten bleibt und das Gebiet nicht durch steigende Mieten und immer mehr Eigentumswohnungen zu einem Viertel wie Prenzlauer Berg, Teile von Friedrichshain oder dem Wrangelkiez wird.

Ich wohne sehr gerne in diesem Viertel, weil die Infrastruktur noch nicht abgeschlossen ist, Räume offen liegen, die eine gewisse Kreativität nach innen wie außen entfalten.

Ihr Ullrich Wannhoff

Ausstellung: Bilder aus Mitte

Der Autor dieses Leserbriefs, der seit 2002 in einem (unsanierten) Mietshaus in der Köpenicker Straße lebt, ist Bildender Künstler. In seinen Werken – Bildern und Fotografien – beschäftigt er sich nicht nur mit fernen Landschaften, sondern auch seiner unmittelbaren Umgebung, der Luisenstadt.

Seine nächste Ausstellung, die im April unter dem Titel »Das Andere – Mitte von Berlin« in einer Neuköllner Galerie eröffnet wird, zeigt Grafiken und Collagen mit Motiven aus seinem Kiez, u.a. auch die alte Eisfabrik und das Kraftwerk Mitte.

»Das Andere – Mitte von Berlin«, Eröffnung 25. April 2014, 20 Uhr Galerie »kunstraum gad«, Reuterstraße 82, 12053 Berlin-Neukölln

Mehr Informationen auf der Website des Künstlers:
www.ullrich-wannhoff.de